

Zeitschrift: Mitteilungsblatt für die Schweizer im Fürstentum Liechtenstein
Herausgeber: Schweizer-Verein im Fürstentum Liechtenstein
Band: - (1974)
Heft: 4

Artikel: Geschichte der Parteien
Autor: Segesser, Jürg
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-938891>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 20.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Geschichte der Parteien

Dr. Jürg Segesser, Worblaufen

Aufbau und Eigenart der Parteien

Man hört etwa, dass diejenigen Kandidaten bei Wahlen die besten Chancen hätten, die von einflussreichen Vereinen unterstützt würden. Und die Tatsache, dass bei den Nationalratswahlen von 1967 ein Kandidat sich sein Mandat dadurch zu sichern suchte, dass er einem bekannten Sportklub ein neues Tenue stiftete, spricht für diese Ansicht.

Tatsächlich war das politische Leben schon in seiner frühesten Zeit sehr eng mit der gesellschaftlichen und kulturellen Vereinstätigkeit verbunden. Die eidgenössischen Schützenfeste, später auch Sänger- und Turnfeste wurden zum politischen Treffpunkt.

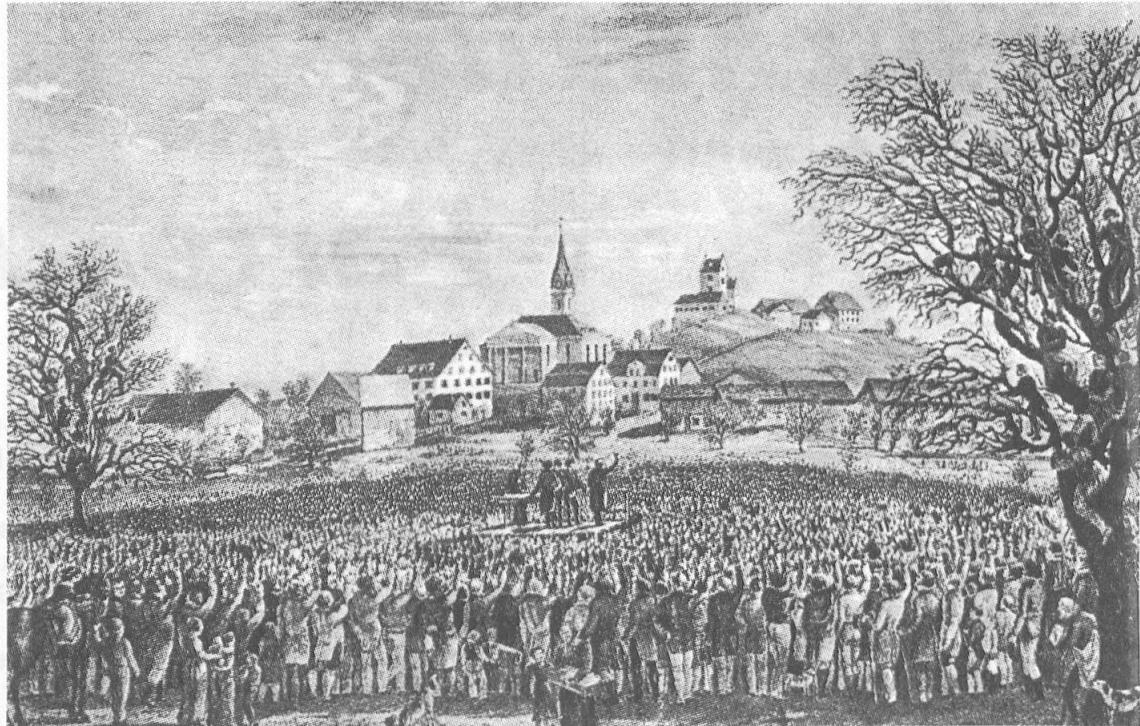
Wie zum Teil heute noch, waren die politischen Vereinigungen nur sehr locker organisiert. Ein kleines, aber aktives Kader begnügte sich damit, Gesinnung zu verbreiten, und ein enges Netz von Vertrauensmännern ermöglichte es, relativ einfach Massenveranstaltungen zu organisieren. Mannigfaltige persönliche und gesellschaftliche Beziehungen dieser Vertrauensleute zu den Kreisen der Studenten-, Handwerker- und Arbeitervereine, aber auch zu den geselligen Organisationen der Schützen, Turner und Sänger ergaben — und ergeben noch heute — eine grosse Breitenwirkung.

Obwohl es in der Bundesversammlung vorerst noch keine Parteien gab, bildeten sich Interessengruppen, sogenannte **Fraktionen**. Es waren keine geschlossenen Gruppen, sondern eher Stammtischrunden, die sich aus dem Freundes- und Gefolgskreis massgebender Politiker bildeten. So gewannen z. B. die «Bundes- und Eisenbahnbarone» um Alfred Escher einen Einfluss, der weit über ihre zahlenmässige Bedeutung hinausging. Die Stärke der verschiedenen Fraktionen war überdies nur sehr schwer abzuschätzen, weil verschiedene Parlamentarier in Bern mehrere Fraktionsversammlungen besuchten, z. B. die der Radikalen im «Storchen» und die des Zentrums im «Casino». Immerhin vermochten die Fraktionen innerhalb der politischen Gruppen mit der Zeit eine gewisse Führerstellung zu erringen.

Die politischen Gruppierungen des 19. Jahrhunderts waren lange Zeit eine bunte Mischung von politischen, kulturellen, gesellschaftlichen, gemeinnützigen und beruflichen Organisationen. Diese vielfältigen Querverbindungen zwischen politischen und nichtpolitischen Vereinigungen sind noch heute typisch für das schweizerische Parteiwesen.

Vorläufer der Parteien im 19. Jahrhundert

Politische Parteien sind in der Schweiz erst ziemlich spät entstanden. Und in der Bundesverfassung sind sie überhaupt nicht erwähnt, obwohl sie als Träger der Meinungsbildung in den Parlamenten nicht mehr wegzudenken sind. Wie alle gesel-



Ustertag, 22. November 1830.

Links von der Kirche der Gasthof zum «Kreuz», in dem der vorbereitende Ausschuss am Vortage beraten hatte. 10 000 Teilnehmer versammelten sich um das Podium mit den Mitgliedern des veranstaltenden Komitees.

Kolorierte zeitgenössische Lithographie.
Graphische Sammlung der Zentralbibliothek, Zürich

lichen und kulturellen Vereinigungen geniessen sie den bundesrechtlichen Schutz der Vereinsfreiheit. Tatsächlich gingen die ersten politischen Gruppen aus dem Vereinsleben hervor: Gleichgesinnte aus den verschiedenen Teilen der Schweiz trafen sich an den eidgenössischen Schützen- oder Sängerfesten. Die lose organisierten Vereine des 19. Jahrhunderts verschwanden wieder, sobald ihre Ziele erreicht oder aber ihre Aktionen misslungen waren. Zur Bewahrung der errungenen persönlichen Freiheit gründeten die Liberalen 1831 **Schutzvereine**. Wer vermehrt die Gleichheit betonte und eine stärkere Zentralisation herbeiwünschte, sammelte sich in den radikalen **Volks-** oder **Nationalvereinen**. Auf konservativer Seite kam es zur Gründung von **Sicherheits-** und **Verteidigungsvereinen**, jedoch zu keinem über die einzelnen Kantone hinausreichenden Zusammenschluss, wenn man vom Sonderbund absieht.

Von den verschiedenen politischen Vereinen des 19. Jahrhunderts hatte einzig der **Grütliverein** längere Zeit Bestand. Entstanden war er 1838 als Selbsthilfeorganisation der Arbeiterschaft wie die Konsumvereine. Ursprünglich ein Bildungsverein, wandelte er sich mit der Zeit zum Arbeiterverein, der bis gegen Ende des 19. Jahrhunderts die politische Linke beherrschte. Er vertrat eine ausgesprochen demokratische, genossenschaftliche und nicht klassenkämpferische Linie. Sein Ziel war es, den Sozialismus mit Hilfe des Staates zu verwirklichen und insbesondere die Lenkung und Kontrolle der Wirtschaft und die Garantie der sozialen Sicherheit dem Staat zu übertragen. Einfluss gewann er hauptsächlich durch Querverbindungen zu den Radikalen und Demokraten. 1901 vereinigte er sich mit den Sozialdemokraten, trennte sich aber während des Ersten Weltkrieges wieder und löste sich 1925 endgültig auf.

Die im 19. Jahrhundert entstandenen Parteigruppen bildeten keine geschlossenen Blöcke oder Fraktionen. Die Fronten wurden immer wieder durchbrochen von landschaftlichen, wirtschaftlichen oder konfessionellen Interessen. Die verschiedenen Strömungen fanden Platz in politischen Gruppen, deren Zusammensetzung sich von Fall zu Fall änderte. Bis etwa 1870 sind drei Gruppen zu unterscheiden: die **Linke** (Radikale und Demokraten), das **Zentrum** (Liberale, gemässigte Konservative) und die **Rechte** (Gros der reformierten und katholischen Konservativen). Als «**Ausserste Linke**» bildet sich später eine Gruppe, bestehend aus Demokraten, Sozialpolitikern und Sozialdemokraten.

Die politischen Parteien

a) Die Freisinnig-demokratische Partei

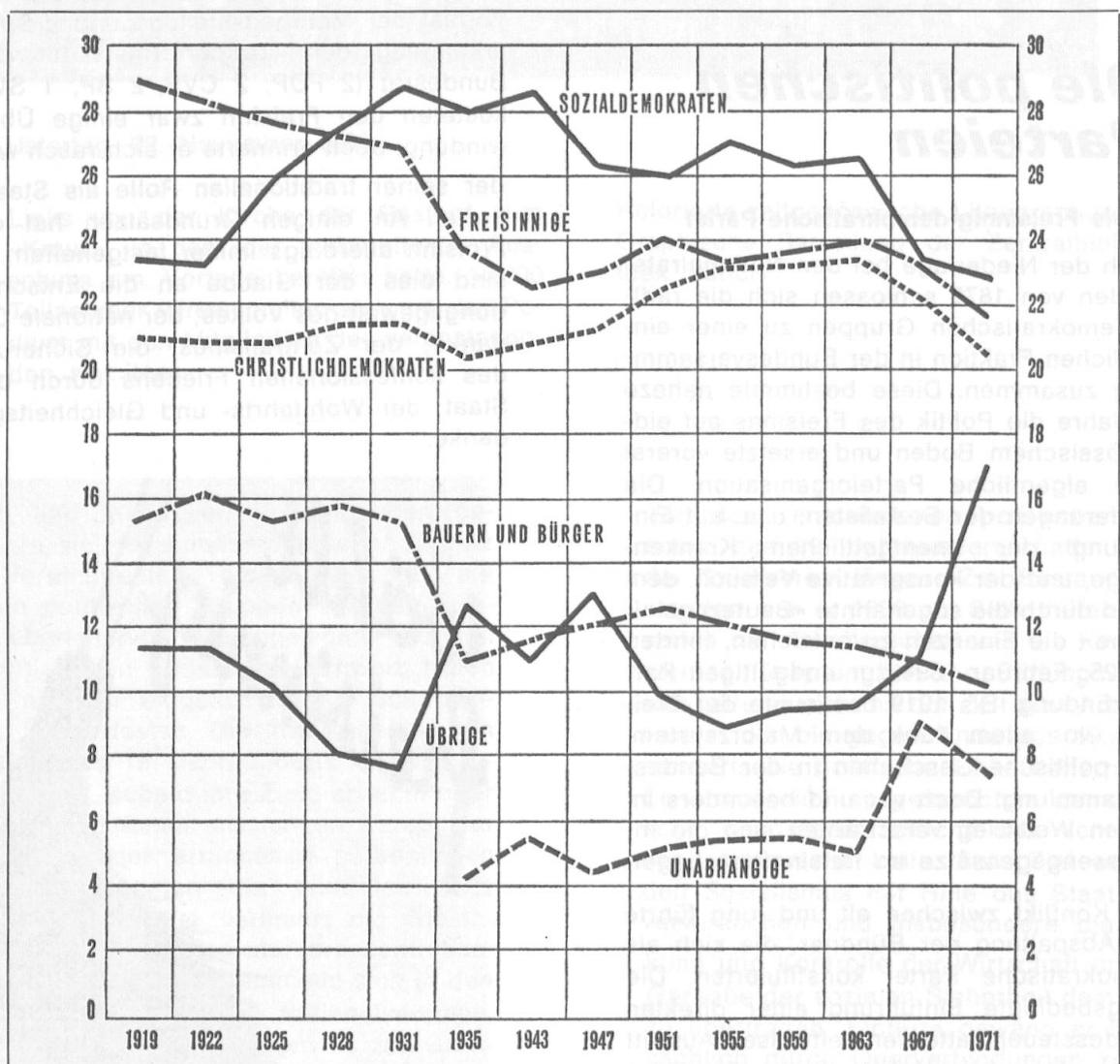
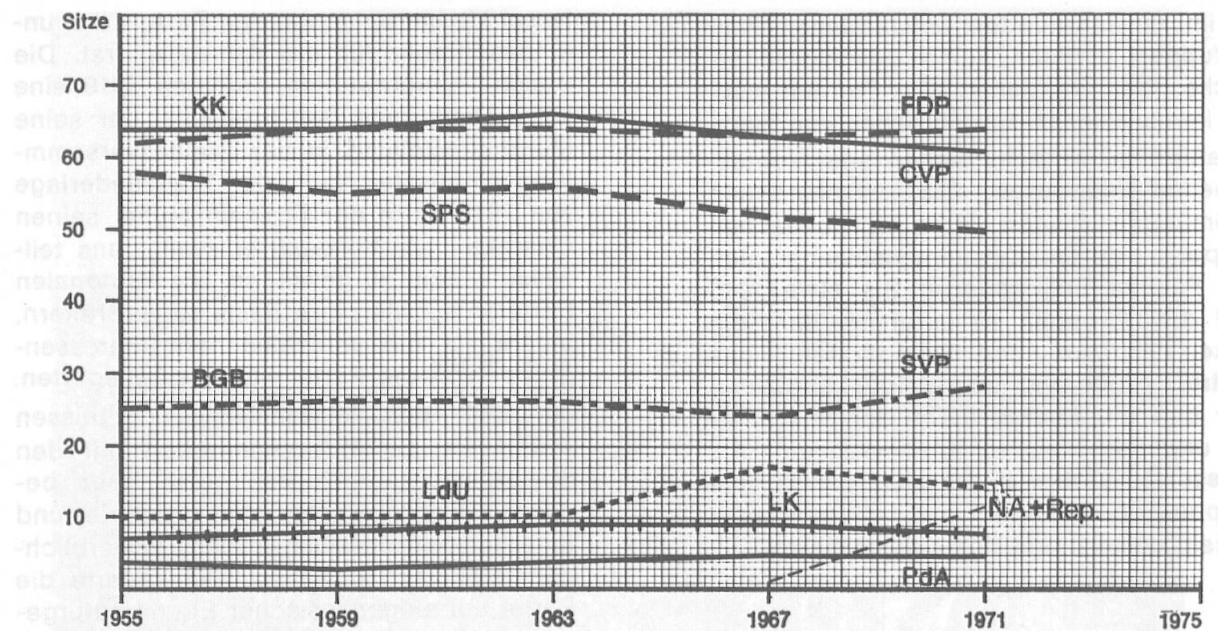
Nach der Niederlage bei den Nationalratswahlen von 1878 schlossen sich die radikaldemokratischen Gruppen zu einer einheitlichen Fraktion in der Bundesversammlung zusammen. Diese bestimmte nahezu 20 Jahre die Politik des Freisinns auf eidgenössischem Boden und ersetzte vorerst eine eigentliche Parteiorganisation. Die Forderungen der Sozialisten, u. a. auf Einführung der unentgeltlichen Krankenpflege, und der konservative Versuch, dem Bund durch die sogenannte «Beutezugsinitiative» die Finanzen zu entziehen, führten am 25. Februar 1894 zur endgültigen Parteigründung. Bis 1919 bestimmte der Freisinn, vor allem dank dem Majorzsystem, das politische Geschehen in der Bundesversammlung. Doch vor und besonders im Ersten Weltkrieg verschärften sich die Interessengegensätze im freisinnigen Lager.

Der Konflikt zwischen alt und jung führte zur Abspaltung der Bündner, die sich als Demokratische Partei konstituierten. Die kriegsbedingte Einführung einer direkten Bundessteuer hatte den zeitweisen Austritt der westschweizerischen Kantonalparteien zur Folge. Die Bemühungen um eine fortschrittliche Sozialpolitik kosteten den Freisinn die Sympathie vieler bürgerlicher Wähler. Anderseits entfremdete sich die Arbei-

terschaft immer mehr der Partei, die uneingeschränkt für die Armee eintrat. Die ersten Proporzwahlen brachten 1919 eine klare Niederlage des Freisinns, der seine Mehrheitsstellung in der Bundesversammlung einbüßte. Nach der Wahlniederlage von 1919 hatte der Freisinn Mühe, seinen Charakter als Volkspartei wenigstens teilweise wieder zu gewinnen. Die kantonalen Parteien suchten ihre Basis zu verbreitern, indem sie die verschiedenen Interessengruppen in die Parteileitung eingliederten. Je nach den kantonalen Verhältnissen waren sie zur Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten bereit oder aber bewusst antisozialistisch, eher industrie- und unternehmerfreundlich oder gewerblich-mittelständisch orientiert. So steuerte die Partei auf eidgenössischer Ebene naturgemäß eine Politik des Ausgleichs an. Der Verlust der Mehrheitsstellung und die Anerkennung der «Zauberformel» für den Bundesrat (2 FDP, 2 CVP, 2 SP, 1 SVP) kosteten den Freisinn zwar einige Überwindung, doch erinnerte er sich rasch wieder seiner traditionellen Rolle als Staatspartei. An einigen Grundsätzen hat der Freisinn allerdings immer festgehalten. Es sind dies: der Glaube an die Entscheidungsgewalt des Volkes; der nationale Gedanke; der Zentralismus; die Sicherung des konfessionellen Friedens durch den Staat; der Wohlfahrts- und Gleichheitsgedanke.



Wahlplakat der Freisinnigen Partei gegen den Frontismus 1933



Obere Abbildung: Parteivertretungen in der Bundesversammlung seit 1955 (Abb. aus: Ernst Krattiger, Neue Staatskunde der Schweiz; Staatskunde-Verlag Basel)

Untere Abbildung: Prozentuale Wähleranteile der Parteien seit 1919 (Abbildung aus: Neue Zürcher Zeitung, Mai 1974)

b) Die Liberal-demokratische Union der Schweiz

Mit der Gründung der freisinnigen Partei war ein grosser Teil der ehemaligen Zentrumsfraktion zur neuen Partei übergetreten. Die übriggebliebene Gruppe schloss sich zur liberal-demokratischen Fraktion zusammen, aus der 1913 die Landespartei entstand. Die politischen Verschiebungen nach dem Ersten Weltkrieg hatten zur Folge, dass die Partei sich nur noch in der Westschweiz und in Basel-Stadt behaupten konnte. Ihre führenden Köpfe vermochten aber einen über ihre zahlenmässige Bedeutung hinausgehenden Einfluss zu erringen. Persönlichkeiten wie der Basler Albert Oeri oder der Genfer Olivier Reverdin haben viel zur Verbreitung des Gedankens einer internationalen Solidarität beigetragen. — Politisch vertritt die Partei den Schutz der sprachlichen und politischen Minderheiten im Rahmen des föderalistischen Aufbaus der Schweiz. Der Mensch solle so weit als möglich in Freiheit über sein Leben und seine persönliche Entwicklung entscheiden können. In einer Zeit, wo immer mehr nach Staatshilfe gerufen werde, müsse die Selbstverantwortung des einzelnen wieder gestärkt werden.

c) Die Christlich-demokratische Volkspartei

Keine der grossen schweizerischen Landesparteien hat einen so stetigen, aber keine einen so langwierigen Aufstieg erlebt wie die politische Organisation der Schweizer Katholiken. Nach der Niederlage im Sonderbundskrieg zog sie sich auf eine Abwehrstellung gegen die Liberal-Radikalen zurück und gliederte sich nur langsam in den Bundesstaat ein. Die Bildung einer überkonfessionellen konservativen Allianz scheiterte ebenso wie die Gründung katholischer Parteien in den Jahren 1874, 1881 und 1894.

Die Katholische Volkspartei eröffnete ihre Tätigkeit mit einem heftigen Angriff auf den Bundesstaat durch die Unterstützung der «Beutezugsinitiative». Dadurch aber wurden die zum Bundesrat positiv eingestellten Kreise um Bundesrat Zemp verärgert, so dass die Partei vier Jahre später im Streit um die Eisenbahnverstaatlichung wieder zerfiel.

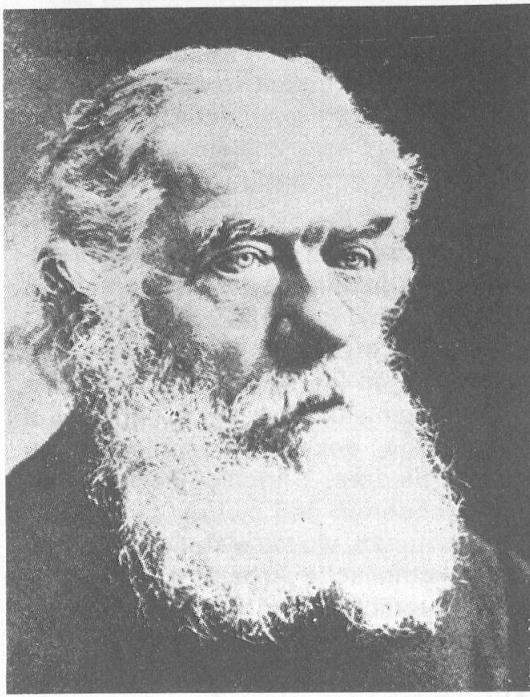
Auf der Grundlage konservativer Gesinnung war offensichtlich eine Einigung nicht möglich. Die definitive Gründung der Landespartei 1912 kam denn auch auf konfessioneller Basis zustande, weil dort die Reibungsflächen am geringsten waren. Während beim Freisinn die wirtschaftlichen und sozialen Gegensätze zersetzend wirkten, gelang es der Konservativen Volkspartei, den gewerkschaftlich orientierten christlich-sozialen Parteiflügel, die bäuerlichen und gewerblichen Gruppen und die Organisationen der Jungen auf der Grundlage des gemeinsamen Glaubens einzugliedern. Christlich-soziale Parteien entstanden in den mehrheitlich reformierten Kantonen, wo sie sich auf die zugewanderte katholische Arbeiterschaft stützten. Die bäuerlichen und gewerblichen Interessen fanden ihre Vertretung schon früh in der Mutterpartei, so dass es hier zu keiner Abspaltung kam.

Die Konservative Volkspartei verfocht lange Jahre eine ausgesprochen mittelständische und antisozialistische Politik. In der Zwischenkriegszeit liebäugelte sie zum Teil mit einer Form der berufsständischen und autoritären Demokratie. In den fünfziger Jahren erfolgte ein Gesinnungswandel, der nicht zuletzt auf einen Wandel in der sozialen Basis der Partei zurückzuführen sein dürfte: sie setzte sich energisch für die Beteiligung der Sozialdemokraten im Bundesrat nach der sogenannten «Zauberformel» ein.

1957 trug die Partei ihrem stärker werdenden linken Flügel Rechnung durch die Umbenennung in Christlich-soziale Volkspartei, und 1971 gab sie sich ihre heutige Bezeichnung als Christlich-demokratische Volkspartei. Die Hauptgrundsätze der Partei blieben dagegen bemerkenswert konstant: Schutz vor staatlichen Eingriffen; vom Staat unbehinderte Entfaltung der gesellschaftlichen und kulturellen Kräfte; Hilfe für den Schwachen; Solidarität in Berufs- und Betriebsgemeinschaften.

d) Die Sozialdemokratische Partei

Elf verschiedene aufeinanderfolgende Partiprogramme seit der provisorischen Gründung von 1870 zeigen, dass die Entwicklung der Sozialdemokratischen Partei



Oben: Hermann Greulich, Zürcher Stadt- und Kantonsrat, bedeutendster Pionier im Grütliverein und in der schweizerischen Arbeiterbewegung

nicht geradlinig erfolgte. Die ersten sozialdemokratischen Parteigründungen unterschieden sich nur geringfügig vom Linksradikalismus und konnten sich wie die von deutschen Handwerkergesellen gegründeten Arbeiterparteien neben dem Grütliverein nicht behaupten. Die Versuche von 1870 und 1880, die verschiedenen Gruppen gesamtschweizerisch zusammenzufassen, scheiterten. Erst die dritte, vom Berner Patrizier Albert Steck gegründete sozialdemokratische Partei blieb bestehen. Unter Stecks Führung vertrat sie einen ausgesprochen demokratischen, ethisch geprägten Sozialismus ohne Klassenkampf, eine Art «Verlängerung des Freisinns auf den 4. Stand». Stecks Programm aber wurde trotz seines gemässigten Charakters als zu revolutionär empfunden und hatte keinen Erfolg. Darum begann gegen Ende des 19. Jahrhunderts der deutsche Marxismus stärkeren Einfluss zu gewinnen. Gemeinsam mit dem Gewerkschaftsbund bekannte sich die Partei zur klassenkämpferischen internationalen Solidarität. Sie suchte nach organisatorischen Trägern, mit deren Hilfe sie ihre politische Organisation verankern könnte. So entstanden die sozialistischen Jugendbewegungen, die Frauen-, Sänger-, Radfahrerbünde, die Naturfreunde, der SATUS usw.

Während des Ersten Weltkrieges war die Schweiz eine wichtige Drehscheibe des internationalen Sozialismus, und die schweizerischen Sozialdemokraten schwenkten auf eine pazifistische, internationale und revolutionäre Linie ein. Dazu verschärften die durch den Krieg verursachten schlimmen sozialen Verhältnisse die Spannung mit dem Bürgertum. Im Landesstreik von 1918 kam es dann zur Entladung. In der Folge war das Verhältnis zum Bürgertum schwer gestört. Aber auch die mit der bolschewistischen Revolution sympathisierende Linksgruppe der Partei wurde zum Problem. Nachdem das sozialdemokratische Parteivolk in zwei Abstimmungen den Beitritt zur Dritten Kommunistischen Internationale abgelehnt hatte, kam es zur Spaltung und 1921 zur Gründung einer Kommunistischen Partei der Schweiz. Dadurch gelangte der demokratisch-nationale Flügel der Partei wieder stärker zur Geltung, aber das Bekenntnis zur «proletarischen Diktatur» liess die klassenkämpferische Stimmung in der Schweiz bestehen.

Unter dem Druck der Wirtschaftskrise und der nationalsozialistischen Bedrohung erfolgte eine Neuorientierung der Partei. Sie gab den Antimilitarismus und die Parole von der Diktatur des Proletariats auf und forderte statt dessen vermehrte Eingriffe des Staates zur Lenkung der Wirtschaft und zur Bekämpfung von Krise und Arbeitslosigkeit. Den endgültigen Schritt weg von der Klassenpartei taten die Sozialdemokraten mit dem neuen Parteiprogramm von 1959. Der Klassenkampf wurde aufgegeben, und Vollbeschäftigung und Erhaltung und Ausbau der sozialen Errungenschaften traten in den Vordergrund. Als mitverantwortliche Regierungspartei gehört sie zu den «Bundesratsparteien», doch wird sie von ihrem linken Flügel immer wieder an ihre Oppositionsaufgabe erinnert.

e) Die kommunistische Linke

Die Kommunistische Partei der Schweiz hatte sich 1921 von den Sozialdemokraten abgespalten und sich der bolschewistisch geführten kommunistischen Internationale angeschlossen. Sie verstärkte einerseits ihre ausserparlamentarische Aktion in Armee, Gewerkschaften und Konsumvereinen sowie bei den Bauern und den Jungen; anderseits versuchte sie mit andern Linkskreisen eine Einheitsfront zu bilden, was ihr vor allem in der deutschen Schweiz verschiedene Erfolge brachte. Auf

Geheiss der Komintern wechselte sie zur Taktik des Alleingangs, was ab 1930 zu einer Führungskrise und zum allmählichen Abbröckeln der Partei führte. Als Stalin 1935 erneut die Volksfrontparole herausgab, schwenkte die schweizerische KP wieder auf den alten Kurs ein, stiess bei den Sozialdemokraten jedoch auf eindeutige Ablehnung. Vor dem Zweiten Weltkrieg entwickelte sich von der Westschweiz aus eine Bewegung, die ein Verbot der Kommunistischen Partei forderte. Gleichzeitig mit den rechtsextremen Gruppen wurde die Partei 1940 vom Bundesrat verboten, doch blieb ihre Organisation im Untergrund bestehen und tauchte nach dem russischen Sieg bei Stalingrad unter dem Namen «Partei der Arbeit» wieder auf. Die Ausrichtung auf den politischen Kurs Moskaus hat der Partei besonders nach dem Ungarnaufstand schwer geschadet. Inzwischen ist die PdA bereits von neuen Linksgruppen überholt worden, die ihre Vorbilder in China, Nordvietnam oder Kuba sehen.



Der populäre «Bauern»-Bundesrat Rudolf Minger war der erste BGB-Vertreter in der schweizerischen Landesregierung. (Foto: Keystone-Press, Zürich)

f) Die Schweizerische Volkspartei

Unter dieser Bezeichnung schlossen sich im Vorfeld der Nationalratswahlen von 1971 die Schweizerische Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei und die Demokraten aus Glarus und Graubünden zusammen. Beide Bewegungen hatten sich im 19. Jahrhundert noch zum herrschenden Freisinn gezählt, sich dann aber abgespalten, als wirtschaftliche Interessen vermehrt in den Vordergrund traten.

Die **Demokratischen Parteien** hatten sich Ende des 19. Jahrhunderts vom Freisinn gelöst und mit anderi Gleichgesinnten zur sozialpolitischen Gruppe zusammengeschlossen. Durch eine ausgebaute Demokratie suchten sie die Klassengegensätze zu überwinden und die sozialen Reformen durchzuführen. Nach dem Ersten Weltkrieg hatten sie zunehmend Mühe, sich zwischen den Sozialdemokraten und dem Freisinn zu behaupten. Ihre stärkste Gefolgschaft fanden sie in den Kantonen Glarus und Graubünden, wo sie sich auf die Arbeiter, Angestellten und Kleinbauern stützen konnten. Nachdem sich die Zürcher Demokraten wieder dem Freisinn angeschlossen hatten, kam es 1971 zur Verbindung mit der BGB.

Die **Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei** wuchs aus den bäuerlichen und gewerblichen Interessengruppen heraus, die gegen Ende des 19. Jahrhunderts entstanden waren, als mit der Eisenbahn ausländische Konkurrenzprodukte, besonders landwirtschaftliche, billig eingeführt werden konnten. Der Bauernverband vermochte durch seinen Einfluss auf die eidgenössische Gesetzgebung die bäuerlichen Interessen weitgehend wahrzunehmen und u.a. den bauernfreundlichen Zolltarif von 1903 durchzubringen. Die bäuerlichen Politiker trennten sich erst vom Freisinn, als dieser eine zu industriefreundliche oder eine zu konsumententreundliche Linie verfolgte. Zudem sahen nach der Einführung des Proporztes die jüngeren Landwirte die Chance auf eine eigene Vertretung in den Behörden. Die verschiedenen gewerblichen Parteigruppen schlossen sich bald einmal den Bauern an, und schliesslich fanden auch die Protestantisch-Konservativen in den Bauernparteien eine neue Heimat. So bildete sich eine mittelständische

Die Vertretung der Parteien im National- und Ständerat nach Fraktionen (Parteigruppen)

Nationalrat = NR; Ständerat = SR)	1963			1967			1971		
	NR	SR	Total	NR	SR	Total	NR	SR	Total
Freisinnige (Radikaldemokraten)	51	13	64	49	14	63	49	15	64
Konservativ-Christlichsoziale/CVP*	48	18	66	45	18	63	44	17	61
Sozialdemokraten	53	3	55	50	2	52	46	4	50
Bauern, Gewerbe, Bürger**/SVP	22	4	26	21	3	24	23	5	28
Landesring der Unabhängigen	10	—	10	16	1	17	13	1	14
Liberal-Konservative	6	3	9	6	3	9	6	2	8
Demokratische** und evang. Fraktion	6	3	9	6	3	9	3	—	3
Partei der Arbeit	4	—	4	5	—	5	5	—	5
Schweizerische Republikanische Bewegung	(seit 1971)						7	—	7
Nationale Aktion	(seit 1971)						4	—	4

* Umbenennung 1971 in «Christlich-demokratische Volkspartei»

** Vereinigung 1971 zu einer einzigen Partei unter der Bezeichnung «Schweizerische Volkspartei»

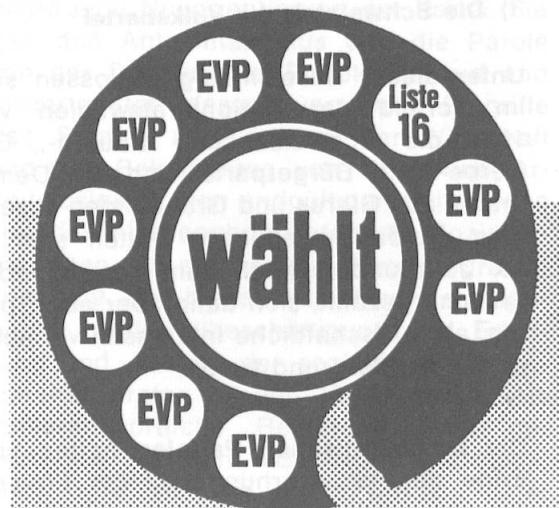
Zahlen aus: Ernst Krattiger, Neue Staatskunde der Schweiz; Staatskunde-Verlag, Basel

Allianz, die sich als Schutzwall gegen Überindustrialisierung und sozialistische Verstaatlichungsgelüste verstand. Die BGB hatte auf Anhieb Erfolg im Kanton Bern und in etwas geringerem Masse auch in Zürich, Schaffhausen, Aargau und Basel-Land. In den katholischen Kantonen, in der Westschweiz und in Kantonen mit scharfen parteipolitischen Gegensätzen, wie Solothurn, St. Gallen und Luzern, vermochte sie sich nicht durchzusetzen. Erst 1936/37 kam es zur Gründung der schweizerischen Landespartei, nach einer Wachstumskrise Ende der zwanziger Jahre und der Abspaltung der mit dem Führerprinzip liebäugelnden Jungbauern. Seither blieb die Zahl der BGB-Vertreter in den eidgenössischen Räten bemerkenswert stabil. Tonangebend — und das dürfte auch nach dem Zusammenschluss zur SVP der Fall sein — blieb die bernische Kantonalpartei.

g) Die Evangelische Volkspartei der Schweiz

Die 1919 gegründete EVP hob sich von Anfang an deutlich ab von den in erster Linie eine konservative Lebenshaltung vertretenen Reformiert-Konservativen. Sie wollte ihre Politik nach dem Beispiel des Reformators Ulrich Zwingli nach der Bibel ausrichten. Bewusst stellte sie sich ausserhalb des Gegensatzes zwischen Bürgertum und Sozialdemokraten. Ihre Tätigkeit beschränkte sich auf die grossen Kantone der deutschen Schweiz, wobei sie ihre

stärkste Stellung in Zürich hatte. Dank ihrer geistigen Unabhängigkeit konnte sie einen über ihre zahlenmässige Bedeutung hinausgehenden Einfluss erhalten. Sie vertritt keine wirtschaftlichen, kulturellen oder politischen Gruppeninteressen, sondern will ihre Tätigkeit in den Dienst am Mitmenschen im weitesten Sinn gestellt sehen.



h) Die Fronten

Zu Beginn der dreissiger Jahre zeigten sich die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auch in der Schweiz. Dazu kam das tiefe Misstrauen, das Bürgertum und Arbeiterschaft seit dem Landesstreik gegeneinander hegten. In dieser Situation glaubten viele — vor allem junge — Schweizer Bürger, die traditionellen Par-

teien seien nicht mehr in der Lage, die wachsenden Probleme zu lösen. So entstanden verschiedene Bewegungen, die das Parteiwesen und die Volksgemeinschaft in der Schweiz erneuern wollten. Ihrem Namen «Fronten» entsprechend, sahen sie das Ideal des nationalen Schulterschlusses in der Form der militärischen



Kriegsgemeinschaft. Nach gewissen Anfangserfolgen in Zürich, Bern, Schaffhausen und im Aargau gerieten die Fronten zunehmend in Misskredit, weil sie sich nach dem Führerprinzip und nach den Ideen des deutschen Nationalsozialismus auszurichten begannen. Auftreten in Uniform, Fackelzüge und Krawalle aller Art runden das Bild ab. Nach dem Vorbild des italienischen Faschismus bildeten sich in der Westschweiz und im Tessin rechtsextremistische Gruppen. In der Volksabstimmung von 1935 wurde die Forderung der Frontisten, man müsse die Bundesverfassung total erneuern, massiv verworfen. Die verschiedenen, untereinander rivalisierenden Erneuerungsbewegungen vermochten trotz der deutschen Erfolge im Schweizervolk nicht Boden zu fassen. 1940 wurden sie vom Bundesrat verboten, und nach der deutschen Niederlage im Krieg verschwanden sie endgültig von der politischen Bildfläche.

Die Schweiz

Juden hinaus!

den Schweizern

Der Erfolg der faschistischen Bewegungen in Italien und Deutschland liess auch in der Schweiz zahlreiche Kampfblätter (zuerst in Spalte) und Organisationen entstehen, die immer stärker in nationalsozialistisches Fahrwasser (z. B. antijüdische Propaganda, oben) gerieten.

i) Der Landesring der Unabhängigen

Die Entwicklung des Landesrings lag zwischen 1925, als die ersten fahrenden Läden der Migros auf den Strassen erschienen, und 1935, als bei den Nationalratswahlen die ersten sogenannten unabhängigen Listen eingereicht wurden. Gottlieb Duttweiler, der Gründer von Migros und Landesring, hatte sich in den politischen Kampf gestürzt, als man Hindernisse aufstellte, um die Entfaltung des Migros-Unternehmens zu hemmen: mit einer Anzahl von Gesinnungsfreunden stellte er Listen in den Kantonen Zürich, Bern und St. Gallen auf und eroberte gleich 7 Mandate im Nationalrat. Getreu der Parole seines Gründers, das erstarrte Preisgefüge im Detailhandel durch Rationalisierung und ungehinderten Wettbewerb aufzubrechen, glaubte der Landesring zunächst, man könne auch die Politik durch unabhängige Politiker auflockern.

Der nur sehr lose Zusammenschluss im «Ring», die Tatsache, dass dem Landesring auch angehören kann, wer Mitglied einer andern Partei ist, und die Verflechtungen mit dem Migros-Konzern führten immer auch zu inneren Spannungen. Verbunden damit war eine ausgesprochen starke Schwankung der Erfolgskurve in den Kantonen und auf eidgenössischer Ebene. Die erwartete Entwicklung zur Massenpartei blieb — von Zürich abgese-

hen — aus; in der welschen Schweiz und in den kleinen Kantonen vermochte er nicht Fuss zu fassen. Die Zürcher stellen nach wie vor die stärkste Vertretung in der Landesring-Fraktion.

Als Oppositionspartei übt er heute vielfach eine ähnliche Funktion aus wie früher die Konservativen oder die Sozialdemokraten. Während von den Landesring-Volksbegehren seit 1935 kein einziges zum Ziel führte, entschied das Volk in Referendumsabstimmungen in den meisten Fällen nach der Parole des Landesrings!

k) Nationale Aktion und Republikanische Bewegung

Zu Beginn der sechziger Jahre entstand im Kanton Zürich eine «Volksbewegung gegen die Überfremdung», die aber bei den Nationalratswahlen von 1963 weder Erfolg hatte noch von den übrigen politischen Parteien ernst genommen wurde. Unter dem Zürcher Verleger Dr. James Schwarzenbach sammelten sich die Überfremdungsgegner neu, und im September 1967 trat die Bewegung mit einer grossen Kundgebung gegen die Überfremdung der Schweiz hervor. Im gleichen Jahr wurde Dr. James Schwarzenbach als Vertreter der «Nationalen Aktion gegen die Überfremdung von Volk und Heimat» in den Nationalrat gewählt. 1970 lehnte das Schweizervolk die sogenannte «Schwarzenbach-Initiative» gegen die Überfremdung trotz der Verwerfungsparolen der traditionellen Parteien nur knapp ab. Das Unbehagen weiter Volkskreise gegenüber der grossen Zahl von Gastarbeitern und gegenüber einem forcierten Wirtschaftswachstum gaben dieser Gruppe starken Auftrieb, obschon Dr. Schwarzenbach 1971 als Präsident der NA zurücktrat und eine eigene Partei, die Republikanische Bewegung, gründete. In der Propaganda beider Parteien verbindet sich die Angst vor der Überfremdung und vor dem Verlust der schweizerischen Eigenart bei einem europäischen Zusammenschluss mit einer latenten Industriefeindlichkeit. Die NA konzentriert sich hauptsächlich auf eine scharfe Kritik an der bundesrätlichen Ausländerpolitik, wo sie drakonische Massnahmen fordert. Die Re-

publikanische Bewegung bemängelt, dass in den eidgenössischen Räten zu viele Interessen- und zuwenig Volksvertreter zu finden seien, wobei sie sich selbst als echte Volksvertretung betrachtet.

Bei den Nationalratswahlen 1971 haben die Republikanische Bewegung 7 und die NA 4 Mandate gewonnen und so einen beachtlichen Erfolg errungen.



Oben: Dr. James Schwarzenbach, 1970 als Vertreter der «Nationalen Aktion» in den Nationalrat gewählt, heute Führer der Republikanischen Bewegung (Foto: Keystone-Presse, Zürich)

(aus "Schweizer-Schulfunk"
39. Jahrg. / Heft 10)